



---

## **Resolution**

### **zu den Ergebnissen des Europäischen Rates am 21./22. Juni 2007 in Brüssel**

Sitzung des Vorstandes der  
Union der Sozialdemokratischen Kommunal- und Regionalpolitiker Europas (USKRE)  
Samstag, 7. Juli 2007, Wien

Der Vorstand der Union der Sozialdemokratischen Kommunal- und Regionalpolitiker Europas (USKRE) hat in seiner Sitzung am 07. Juli 2007 in Wien begrüßt, dass der Stillstand im notwendigen Reformprozess der EU durch den Europäischen Rat, der vom 21./22. Juni 2007 in Brüssel getagt hat, beendet worden ist. Gleichzeitig zeigt sich der Vorstand der USKRE beunruhigt über das Aufkommen nationaler Positionen, die den europäischen Integrationsprozess behindern oder verlangsamen.

Aus Sicht der sozialdemokratischen Kommunal- und Regionalpolitiker Europas ist insbesondere zu begrüßen, dass die Achtung der lokalen und Regionalen Selbstverwaltung in dem vom Europäischen Rat beschlossenen Mandat für die Regierungskonferenz zur Ausarbeitung des EU-Reformvertrages ausdrücklich festgehalten wurde.

Zu begrüßen ist auch, dass dem Reformvertrag ein "Protokoll über Dienste von allgemeinem Interesse" beigefügt werden soll. In diesem Protokoll wird ausdrücklich betont: „die wichtige Rolle und der weite Ermessensspielraum der nationalen, regionalen und lokalen Behörden in der Frage, wie Dienste von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse auf eine den Bedürfnissen der Nutzer so gut wie möglich entsprechende Weise zu erbringen, in Auftrag zu geben und zu organisieren sind“.

Neben der Stärkung der Kontrolle der Anwendung des Subsidiaritätsprinzips und die starke Betonung der frühzeitigen Konsultationen in den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates müssen aus Sicht der sozialdemokratischen Kommunal- und Regionalpolitiker Europas auch die Stärkung des Ausschusses der Regionen der EU mit einem eigenen Klagerecht vor dem EuGH sowie die Einbeziehung der Kommunen und Regionen in den Schutz durch das Subsidiaritätsprinzip auf europäischer Ebene in den Reformvertrag übernommen werden. Dies geht bedauerlicherweise nicht explizit aus den Schlussfolgerungen des Rates hervor.